

Erstausgabe in Leipzig
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.
 Abonnementspreis
 für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
 Quartal.
 Monats-Abonnements
 werden bei allen deutschen Postämtern
 auf den 2. und 4. Monat, und auf den
 6. Monat bezogen angenommen; im
 Abzug Sachlos und bezugslos. Sachlos-
 wendung auch auf den 1. Monat
 des Quartals à 54 Pf.
 Inserate
 bezw. Erklärungen zu. Beilage 10 Pf.,
 bezw. Privatangelegenheiten und Briefe zu
 Beilage 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
 schicken an alle Postämtern und Buch-
 handlungen des In- u. Auslandes.
 Filial-Expeditoren.
 Neu-York: E. J. B. Smith, 154 E. 14th St.
 Philadelphia: U. B. 600 North
 3rd Street.
 J. P. 1129 Charlotte St.
 Boston: N. J. J. A. B. 215 Wash-
 ington St.
 Chicago: K. B. 215 W. 1st St.
 San Francisco: B. 425 O'Farrell St.
 London: W. G. 8 New St.
 Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 21.

Mittwoch, 20. Februar.

1878.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für den Monat März zu 55 Pfennig werden bei allen deut-
 schen Postämtern, für Leipzig dr. Monat zu 60 Pf.
 bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur
 W. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen
 des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königs-
 platz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditoren: für
 Volkmarshaus, Mendnig, Neuschönfeld u. bei Frau Engel,
 Mendnig, Täubchenweg 29, 2 Tr., für Connewitz u. bei Gaderl,
 Kurze Str. 10 part., für Alneinschöner u. Umgegend bei Trost,
 Hauptstr. 10/1, für Thonberg bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig,
 Neureuditz bei Bichau, 15 I, für Plagwitz-Lindenu bei Frau
 Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für Gohlis u. bei A. Herm-
 dorf, Windenthaler Str. 7, für Stötteritz bei Grude, An der
 Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf.
 frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien
 Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8, und bei Rubenow,
 Brunnenstr. 34, im Laden.

Die Mischwirtschaft der Bourgeoisie

wird recht trefflich gekennzeichnet durch nachstehenden Auszug
 aus dem kürzlich erschienenen zweiten Theil des Berichts der
 Leipziger Handelskammer für das Jahr 1876. Unter der
 Rubrik „Machinen“ heißt es daselbst auf S. 68:

„Ein anderer Uebelstand, der sich in so schlechter Zeit um
 so empfindlicher geltend machte, war die stark angewachsene
 Concurrenz. Ein Fabrikant aus der Maschinenbranche schreibt
 uns darüber Folgendes: „An der Hand der Submissionen, die
 nun auch in Privatfreien mehr und mehr um sich greifen und
 sich an die Stelle des gegenseitigen Vertrauens zwischen dem
 Besteller und Lieferanten gesetzt haben, wurde ein wahrer Todten-
 tanz um die billigsten Preise und um die Arbeit ausgeführt, bei
 welcher der bevorzugte Concurrent doch nichts verdient, oft sogar
 zulezt. Natürlich zeigen sich bei Großen und Kleinen die üblen
 Folgen solcher Wirttschaft in erschreckender Weise in der Ver-
 minderung so mancher sonst soliden, ehrlich nährenden Geschäfte.
 In der vordersten Reihe gehen auf diesen Wegen die Aktien-
 gesellschaften, denen es nicht darauf ankommt, etwas Tüchtiges
 zu leisten, sondern nur äußerlich möglichst groß dazusehen,
 während der aufmerksame Beobachter aus den Geschäftsberichten
 erkennen kann, daß der Ruin noch tiefer geht, als er selbst in
 dem niedrigen Course der Aktien zum Ausdruck kommt.“

„Wir sehen“, fährt unser Gewährsmann fort, „vor dem
 letzten Viertel des Jahres 1877 und haben in keiner Weise eine
 Besserung zu registriren, wir werden auch dieses Jahr und noch
 manches zu Ende gehen sehen, ehe eine Besserung eintreten kann,
 wenn die Solidität in der Geschäftswelt, welche einen argen
 Stoß erlitten hat, nicht wieder zur vollen Geltung gelangt und
 die höchste Ehre des Geschäftsmannes wird. Wir haben es vor
 Kurzem in Sachen erleben müssen, daß ein Fabrikant, welcher
 schamlos mit Notirung zu hoher Gewichte betrogen
 hatte, vor Gericht erklärte, das sei so Brauch bei den
 Kesselfabrikanten, daß man 20 bis 30 Proz. mehr Ge-
 wicht berechne, als geliefert wird. Und leider ist etwas
 Wahres daran. Wenn auch die Frage, wodurch es besser
 werden könnte, sehr schwer zu beantworten sein mag, so ist nicht
 zu bezweifeln, daß die Rückkehr zur äußersten Solidität, zur
 Tüchtigkeit in Arbeit und Leben und zu derjenigen Genügsam-
 keit, die den Leistungen des Einzelnen entspricht, sei er Arbeiter
 oder Prinzipal, wenn auch nicht das einzige Mittel, doch jeden-
 falls eines der unerlässlichsten ist, um zum Ziele zu gelangen.“

So die Leipziger Handelskammer — gewiß eine unverdächtige
 Zeugin.

Wir sehen also, daß in einer der bedeutendsten Industrie-
 zweige, und zwar gerade in einem solchen, der seiner ganzen
 Natur nach für besonders solid galt, die gemeinste Betrügerei
 dermaßen im Schwang ist, daß die Leipziger Handelskammer
 von der Behauptung, diese Betrügerei sei Geschäftsbrauch,
 d. h. mit anderen Worten: werde allgemein geübt, „leider“ er-
 klären muß, es sei „etwas Wahres“ daran.

Wenn nun die Leipziger Handelskammer die Abhilfe solcher
 „Uebelstände“ von einer „Rückkehr zur äußersten Solidität, zur
 Tüchtigkeit in Arbeit und Leben und zu derjenigen Genügsam-
 keit, die den Leistungen des Einzelnen entspricht,“ erwarten zu
 dürfen glaubt, so ist das ungeheuer ebenso gestreich, als der
 Ausspruch jenes weisen Professors: das Zahnweh wird aufhören,
 sobald die Dolores (lateinisch für Schmerzen) aufhören. Um
 die Dolores, d. h. die nichtvorhandene Tüchtigkeit und Soli-
 dität handelt es sich ja gerade. Ist die „Rückkehr“ zur Tüchtig-
 keit und Solidität erfolgt, dann — haben wir Tüchtigkeit und
 Solidität. Das wird allerdings von Niemand bestritten werden
 können.

Die Frage ist: wie ist diese „Rückkehr“ zu erwirken? Und
 darauf bleibt die Leipziger Handelskammer die Antwort schuldig.
 Wenigstens direkt, indirekt, und wahrscheinlich von ihr selbst
 unbenutzt, hat sie die Antwort zu Anfang des von uns citirten
 Passus gegeben: „die stark angewachsene Concurrenz“,
 durch welche ein ehrlicher Geschäftsbetrieb erschwert, wo nicht
 unmöglich gemacht und die Betrügerei zur Nothwendigkeit, zur
 Existenzbedingung erhoben wird.

Die Concurrenz mit ihren unvermeidlichen Folgen ist aber
 ihrerseits eine Existenzbedingung der kapitalistischen Wirttschaft.
 Bei Behandlung der Lebensmittelverfälschungs-Frage wiesen
 wir auf diesen Umstand hin, und führten aus, daß die Betrügerei
 im Wesen der kapitalistischen Wirttschaft (auf dem Gebiete der
 Gütervertheilung sowohl als der Gütererzeugung) liege,

und daß deshalb innerhalb der kapitalistischen Wirttschaft, mit
 Beibehaltung und Schonung derselben, der Lebensmittelverfäls-
 chung, wie überhaupt der geschäftlichen Betrügerei nicht gründlich
 gesteuert werden könne.

Wir mögen uns wenden und drehen wie wir wollen — aus
 dem fatalen Dilemma kommen wir nicht heraus:

Wenn wir die herrschende kapitalistische Wirttschaft beibehalten
 wollen, so müssen wir auch die Betrügerei beibehalten.

Und wenn wir die Betrügerei abschaffen wollen, so
 müssen wir die kapitalistische Wirttschaft abschaffen.

Die Nothwendigkeit der Gründung einer all- gemeinen Partei-Bibliothek.*)

Diejenigen Genossen, welche je einmal in die Lage gekommen
 sind, Studien machen zu können, werden auch häufig die Schwierig-
 keit empfunden haben, sich die dazu nöthigen Werke und Schriften
 zu beschaffen. Selbst derjenige, dem größere Bibliotheken zur
 Benutzung offen ständen, wird oft das nicht gefunden haben,
 was er suchte, weil diese Bibliotheken meist noch ganz anderer
 Richtung ihre Vervollständigung suchen. Dabei wird die unsere
 Genossen wesentlich interessirende Literatur von Tag zu Tage
 größer, so daß schon heute nur noch sehr Wenige in der Lage
 sind, sie zu verfolgen, noch Wenigere sie sich anzuschaffen.

Auch stellt sich namentlich in Bezug auf die Beschaffung der
 älteren sozialistischen und volkswirtschaftlichen Literatur dem
 Einzelnen ein nicht zu überwindendes Hinderniß entgegen, ein-
 mal wegen des Preises, dann wegen der Seltenheit und des
 Unbekanntseins vieler Schriften. Auch schreibt Mancher davor
 zurück, sich für theures Geld an Werk anzuschaffen, das er nur
 einmal für einen bestimmten Zweck braucht und sonst nie wieder.
 Mit jedem Jahre wird die Sammlung all dieser Materials
 immer schwieriger, und es wird darum hohe Zeit, daß eine
 Stätte geschaffen werde, wo die ganze einschlägige Literatur in
 möglicher Vollständigkeit gesammelt und Allen, welche Zeit und
 Gelegenheit zu größeren Studien haben, unter bestimmten Be-
 dingungen zugänglich gemacht wird. Es ist z. B. heute kaum
 noch möglich, ein vollständiges Exemplar der ersten Jahrgänge
 des „Social-Demokrat“ oder des „Hamburger Nordstern“ zu
 erlangen, oder andere in den ersten Jahren der Bewegung er-
 schiene Blätter und Broschüren zu bekommen, und jedes Jahr,
 das weiter verfließt, macht deren Erlangung immer unmöglicher.

Genau so verhält es sich mit der alten sozialistischen Literatur.
 Wer z. B. besitzt von uns Weillings' Schriften, oder Karl Grün's
 Werk über die sozialistische Bewegung in Frankreich und Belgien?
 Wie Viele, oder besser gesagt wie Wenige von uns haben
 diese überhaupt je gesehen und gelesen, und wie hiermit, so steht
 es mit der sehr reichhaltigen sozialistischen und communis-
 tischen Literatur Frankreichs aus den zwanziger, dreißiger und vierziger
 Jahren dieses Jahrhunderts. Ohne Lorenz Stein's Werk über
 die Entwicklung des Sozialismus und Communismus in Frank-
 reich würde die bezügliche Literatur uns Jüngeren nur dem
 Namen nach bekannt sein, und selbst dieses Werk ist meines
 Wissens vergriffen. Wir haben also wirklich gar keine Zeit mehr
 zu verlieren und müssen mit der Sammlung bald vorgehen. —
 Welchen Werth eine solche Sammlung auch für den künftigen
 Kulturhistoriker haben muß, braucht nur angedeutet zu werden.

Soll das Werk ganz gelingen, so darf es nicht auf den
 guten Willen und die Mittel Einzelner angewiesen sein, die
 Gesamtheit der Partei muß dafür eintreten und Jeder sich
 für verpflichtet halten, sein Theil zum Gelingen beizutragen.

In erster Linie ist dafür zu sorgen, daß das Unternehmen
 eine sichere Grundlage hat und kein Bestand nicht von dem guten
 Willen gewisser Behörden abhängig gemacht werden kann. Es
 muß also irgend Jemandes Eigentum sein, und da dies Ein-
 zelnen zu übertragen große Bedenken hat, so empfiehlt es sich,
 es einer bereits bestehenden staatlich anerkannten Corporation,
 z. B. einer Genossenschaft zu übertragen, oder für diesen Zweck
 eine solche zu gründen. Leipzig schlägt ich als Sitz der Biblio-
 thek vor, und zwar weil neben dem mehr nebensächlichen Um-
 stand, daß es Erscheinungsort des Centralorgans der Partei ist,
 es anerkanntermaßen den Sitz des deutschen Buchhandels bildet
 und zahlreiche Antiquariate hat, also die Beschaffung der bezüg-
 lichen Literatur vereinfacht und erleichtert.

Der Inhalt der Bibliothek darf sich natürlich nicht einseitig
 bloß auf die sozialistische und volkswirtschaftliche Literatur be-
 schränken, es müßten insbesondere auch Geschichte und Kultur-
 geschichte, Statistik, Naturwissenschaften, Gesundheitslehre, Technik
 und Agronomie einen ausgedehnten Platz darin finden, ebenso
 einige wirklich gute philosophische Werke. Denn darüber besteht
 ja bei Keinem unter uns ein Zweifel, daß für das volle und
 ganze Verständnis der Neubildung der Gesellschaft auf sozialisti-
 scher Grundlage die Kenntniß der Forschungen und Entdeckungen
 in den genannten Wissenszweigen nothwendig ist.

Die Bibliothek müßte ferner enthalten eine Sammlung der
 bedeutendsten in- und ausländischen Partei-Zeitungen und -Zeit-
 schriften, die am Schlusse jeden Jahrgangs zu binden wären.
 Ferner die wichtigsten statistischen Zeitschriften und solche regel-
 mäßig erscheinende Publikationen, welche sich mit den Fortschritten
 der Naturwissenschaften und der Technik beschäftigen.

Die Verhandlungen des Reichstags und der wichtigsten Land-
 tage dürften ebenfalls nicht fehlen.

* Dieser Artikel entstand in Folge einer bereits im vorigen Sommer
 mit Genesse Geib stattgehabten Unterredung des Verfassers. Wir
 bringen auf Wunsch des Verfassers den Artikel gern zum Abdruck und
 ersuchen unsere Parteigenossen, den darin enthaltenen Vorschlag einer
 ersten Erwägung zu unterziehen. Red. d. B.

Es ist kein Zweifel, daß ein solches Unternehmen erhebliche
 Mittel und großen Kostenaufwand erheischt, aber ich bin der An-
 sicht, daß, wenn einmal angefangen werden soll, auch von vorn-
 herein etwas Tüchtiges geschaffen werden muß. Daß die
 Partei das Nothwendige leisten kann, wenn sie will, daran
 zweifle ich nicht. Es wären Räumlichkeiten zu mieten, welche
 auf eine längere Reihe von Jahren genügen; es müßte ein Bi-
 bliothekar ernannt werden, der gleich von Anfang an eine mo-
 natlich fixirte Entschädigung erhalte, da voraussichtlich es an
 Arbeit nicht fehlen wird und eine von vornherein festgestellte ge-
 wissenhafte Ordnung Lebensbedingung des Instituts ist.

Um die Gelbansgaben nach Möglichkeit zu vermindern, müß-
 ten die Parteiblätter, welche zur Aufbewahrung gelangten, wie
 sämtliche Parteischriften und Broschüren von den Verlegern
 gratis geliefert werden. Zwecklos würden auch alle Partei-
 genossen, welche Doppel Exemplare älterer bezüglicher Schriften
 und Werke im Besitz haben, bereit sein, ein Exemplar an die
 Bibliothek abzugeben. Auch dürfte der Fall eintreten, daß Man-
 cher seine Privatbibliothek für den Fall seines Ablebens der
 Parteibibliothek vermacht. Bekanntermaßen werden Bücher,
 wenn sie zur Auktion gelangen, meist weit unter ihrem Werthe
 verkauft und in alle Winde zerstreut.

Die nothwendigen Baarmittel wären durch freiwillige Samm-
 lungen aufzubringen und wäre über diese, wie über alle ein-
 gehenden Schriften u. regelmäßig im „Vorwärts“ Quittung zu
 veröffentlichen.

Damit ferner bei Neuanschaffungen nicht einseitig und läden-
 haft verfahren würde, wäre eine Bibliothekskommission zu bilden,
 welche aus dem Bibliothekar und zwei oder vier vom Aufsichts-
 rath der Genossenschaft zu ernennenden Verräthen bestünde.
 Diese Kommission hätte in wöchentlich einmal abzuhaltenden
 Sitzungen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel über Neu-
 anschaffungen wie über die innere Organisation der Bibliothek zu
 beschließen.

Das Reglement für die Benutzung der Bibliothek hätte der
 Aufsichtsrath der Genossenschaft im Verein mit der Bibliothek-
 kommission festzustellen. Es dürfte sich dabei empfehlen, um
 nach keiner Seite Benachtheiligungen herbeizuführen, daß die am
 Ort oder dessen nächster Umgegend wohnenden Benutzer ein ent-
 sprechendes Entgelt zahlen müßten, während bei Sendungen inner-
 halb der ersten Postzone das ganze Porto, bei weiteren Ent-
 fernungen die Hälfte zu tragen wäre. Doch soll dies nur ein
 unmaßgeblicher Vorschlag sein. Dagegen wäre fest zu halten,
 daß bei der Verleihung gefangene Genossen vor freien bevorzugt
 würden und dürften für höhere feinerer Kosten entstehen, diese
 hätte vielmehr der Bibliothekfond zu tragen.

Ich unterbreite diese Vorschläge der sorgemäßigen Prüfung
 aller Genossen und wünsche, daß insbesondere das Central-Wahl-
 komitee in Hamburg recht bald Schritte zu ihrer Verwirklichung
 thun möchte. A. B.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In der Reichstags-Sitzung vom 14. d. M. bildete den
 ersten Gegenstand der Tagesordnung ein Antrag der (Fort-
 schrittler) Herren Bärger's, Hirsch und Walter: „den Herrn
 Reichskanzler aufzufordern, mit Rücksicht auf die wegen Benach-
 theiligung des freien Gewerbetriebes durch die gewerbliche
 Gefangenearbeit erhobenen Beschwerden und behufs Er-
 langung einer Grundlage für die in dem Strafvollzugs-Gesetz zu
 lösenden Fragen über die Art der Beschäftigung der Gefangenen
 die Bundesregierungen zu ersuchen, diese Beschwerden, soweit sie
 thatsächliche Ausführungen enthalten, einer eingehenden Unter-
 suchung, möglichst unter Zuziehung von Vertretern der Be-
 schwerdeführer, zu unterziehen und über deren Ergebnis in Ver-
 bindung mit einer Statistik über die Gefangenearbeit im Reiche
 dem Reichstage demnächst Mittheilung zu machen.“

Der Antrag wurde begründet von dem Abg. Bärger's.
 Derselbe beleuchtet zunächst das Schicksal, welches ähnliche An-
 träge im Reichstage bisher gehabt haben. Sein Antrag sei
 lediglich eine Consequenz früherer Verhandlungen über diese
 Materie. Die Klagen wegen der Gefangenearbeit, die den Lohn
 des freien Arbeiters herunterdrückte, beständen ungehindert fort.
 Es sei daher Zeit, Abhilfe zu schaffen, um wenigstens einer un-
 geordneten Agitation, die sich auf diesen Uebelstand stützt, den
 Fuß abzuschneiden. Das Reich habe in dieser Reichsangelegen-
 heit die Initiative zu ergreifen, um besonders eventuell auch
 nachzuweisen, daß die ganze Buchhaus-Concurrenz nicht so schlimm
 sei, wie sie gemacht werde.

Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann erwidert,
 daß die Reichsregierung nicht gegen den Antrag sei, daß er ihn
 auch nicht für überflüssig halte, da ja schon der deutsche Han-
 delstag eine Enquete zu diesem Zweck in Angriff genommen und
 die preussische Regierung ihn darin unterstützt habe. Eine Um-
 gestaltung der jetzigen Sachlage werde jedoch sehr schwierig
 sein.

Ein sozialistischer Abgeordneter ergreift nun das Wort:
 Frislich. Er tadelt das Verhalten der preussischen Regierung
 in der Frage der Gefangenearbeit. Gerade in Preußen werde
 auf diesem Wege der freien Arbeit am meisten Konkurrenz ge-
 macht, und die Regierung unterstütze es noch. In Posen z. B.
 müßten jetzt viele freie Arbeiter hungern und frieren, da die
 Arbeit in das Luchthaus gewandert sei. Auch aus sittlichen
 Gründen sei es geboten, die industrielle Gefangenearbeit aufzu-
 heben, denn die Verbrecher würden bei dem dadurch bedingten
 Verkehr mit einander eher verstimmt, als gebessert. Der An-
 trag Bärger's sei ganz unzureichend und müsse daher abgelehnt
 werden, dagegen ersuche er (Frislich) das Haus, folgenden An-
 trag anzunehmen:

Mit Rücksicht auf die Benachteiligung des freien Gewerbetriebes durch die gewerbliche Gefangenearbeit und zur Grundlage für die in dem Strafvollzugsgebot zu lösende Frage über die Art der Beschäftigung der Gefangenen nachfolgende Vorschläge dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen:

1) Auf die thunlichste Mannigfaltigkeit der Arten der Beschäftigung der Sträflinge in den öffentlichen Strafanstalten und entsprechende Verteilung der Sträflinge in die einzelnen Arbeitszweige und insbesondere darauf zu achten, daß, soweit dies mit den Zweden der Anstalt selbst vereinbar ist, die Sträflinge bei ihrer ursprünglich betriebenen Berufsarbeit belassen werden.

2) Daß seitens der Strafanstaltsdirektionen von Zeit zu Zeit öffentliche Bekanntmachungen erlassen werden über die Gewerbetätigkeit der Detinirten, die Menge der in den einzelnen Fächern vorhandenen Kräfte und im Allgemeinen auch über die Bedingungen, unter welchen diese benützt werden können.

3) Daß den Unternehmern, welche für ihre Rechnung die Sträflinge beschäftigen, in Bezug auf die Höhe der Löhne keine solche Bedingungen verwilligt werden, welche vermöge der Konkurrenz einen entscheidenden Einfluß auf die Löhne der freien Arbeiter üben könnten, wobei insbesondere anheimzugeben ist, ob nicht dieser Zweck am sichersten im Wege einer mehr oder weniger öffentlichen Ausschreibung zu erreichen sein würde.

4) Daß die Direktionen der Strafanstalten ermächtigt werden, von den resp. Garnisonen oder Wachtkommandos, und zwar ohne Vergütung an den Militärkasus, Militärpersonen zu Hilfsaufsehern nach Bedarf zu requirieren, um für den Fall der Unzulänglichkeit des bei ihnen angestellten Aufsichtspersonals bei steigender Benutzung der vorhandenen Arbeitskraft seitens des Publikums außerhalb der Anstalt den gestellten Wünschen thunlichst entsprechen zu können.

Nach längerer Debatte, in der von fortschrittlicher Seite noch Zimmermann und Hirsch, außerdem Rajunko (Centrum) und zum zweiten Mal Frischa gesprochen, wurde das sozialistische Amendement abgelehnt und der fortschrittliche Antrag angenommen.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß es den sozialdemokratischen Abgeordneten bisher nicht gelungen ist, die nötige Zahl von Unterschriften für ihre Anträge zu erlangen. Sonst würde es den Fortschrittlichen nicht gelungen sein, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen. Für heute enthalten wir uns weiterer Bemerkungen.

In derselben Sitzung wurde noch ein Antrag von Blos und Genossen, betreffend die Aufhebung des gegen den Abg. Rost beim königlichen Kammergericht zu Berlin schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session, angenommen. — Der R. A. der erledigten Tagesordnung war ohne Interesse.

Am 15. ist keine Sitzung.

Am 16. (Sonntag) sollte der Etat zur Berathung gelangen, jedoch rein geschäftsmäßig. Die politischen und finanziellen Debatten sind auf die laufende Woche vertagt. Am Dienstag soll die bekannte reichsweite Interpellation und am Mittwoch die Steuerprojekte der Regierung auf die Tagesordnung gestellt werden — falls nicht wieder etwas dazwischen kommt. Fürst Bismarck ist zwar am 14. Abends in Berlin eingetroffen, allein es fragt sich, ob man die Interpellation oder gar deren Beantwortung schon am Dienstag „opportunity“ finden wird.

Wir trauten unseren Augen kaum, als wir in der nationalliberalen „Magdeburger Bzg.“ einen Artikel lasen mit der Ueberschrift: „Die Presse und die Justiz“. In demselben beklagt sich das liberale Blatt über die vielen Verhöhnungen, welche gegen die Sozialdemokraten losgelassen wurden. Allerdings könne man den Herren Staatsanwälten, den Herren Beamten, dem Herrn Bismarck das Recht nicht absprechen, sich beleidigt zu fühlen, Strafanträge zu stellen und die Anklage zu erheben. — — — „trotz alledem und alledem vermögen wir uns der Meinung nicht zu verschließen, daß gegenwärtig der Presse einzelner Parteien gegenüber eine zu große Nervosität und Empfindlichkeit Platz gegriffen hat, welche auch auf die

richterlichen Kreise nicht ohne Einfluß geblieben ist. Nirgends als bei Verhöhnungen zeigt sich mehr eine Bestätigung der von vielen Juristen über Bord geworfenen Ansicht, daß die Abhörungstheorie in dem Strafrecht ein leerer Wahn ist.“ Dann zieht das liberale Blatt eine Parallele zwischen dem Reichstag, der wegen Beleidigung niemals einen Strafantrag stelle, und dem Fürsten Bismarck, der sogar gedruckte Formulare zu solchen Zwecken bereit halte, der aber „keine Spur von Popularität verlieren würde, wenn er keinen einzigen Strafantrag stellte“. Das Blatt fährt dann fort:

„Wir haben hier mit Thatsachen zu rechnen. Thatsache ist eine gewisse Erregtheit in den Arbeiterkreisen, und es ist gleichgültig, ob diese Erregtheit ihren letzten Grund in Nothstand, in schlechten Erwerbsverhältnissen oder in krankhafter Agitation hat; — Thatsache ist eine große Indifferenz des größeren Publikums in religiösen Angelegenheiten, und es ist gleichgültig, ob die Orthodoxen, welche Sydow'sche und Hochbach'sche Affären in Scene setzen, oder ob Hädel und Darwin und ihr Interpret bei den Arbeitern und deren Frauen, Johann Rost, an dem Austritt aus der Kirche schuld sind; — Thatsache ist es, daß das katholische Volk sich bedrückt und in seiner Glaubensfreiheit beeinträchtigt fühlt, und hier ist es wiederum gleichgültig, ob dieses Gefühl einem Mißverständnis der Raigegebung oder lediglich der Verführung durch fanatische Priester entstammt. Mit diesen Thatsachen Hand in Hand wandert das Resultat, daß die Anklagen wegen Aufregung und Beleidigungen, wegen Gotteslästerung, wegen Majestätsbeleidigung und anderer Vergehen sich progressiv steigern. Erregte Zeiten schärfen die Gegensätze, das gilt im Streit politischer Parteien wie im Kampfe um wirtschaftliche oder religiöse Ziele und Fragen. Wenn aber einsichtige Politiker dies einsehen, so sollten sie auch danach handeln. Kommt man erst allgemein zu der Ansicht, welche unsere Geschichtsforscher fast allgemein aufgestellt haben, daß nämlich politische Prozesse niemals ihren Zweck erfüllen, so glauben wir auch die Hoffnung ausprechen zu können, daß man bald auch gegen die oppositionelle, die sozialdemokratische und ultramontane Presse, ja gegen die Presse überhaupt nicht so zahlreich wie bisher mit Strafanträgen vorgehen, daß endlich auch der Richter eine möglichst milde Rechtsprechung Platz greifen lassen wird, weil eben die Zeiten erregt sind. Gotteslästerungen, Majestätsbeleidigungen, aufrührerische und hegende Artikel haben ihre Zeit — die Prozesse schaffen sie nicht aus der Welt, sondern vermehren sie nur. Und was schlimmer ist, sie provozieren neue Angriffe, wie sie sich grade jetzt zahlreich gegen die Handhabung des Gesetzes der Presse und dem Vereinsrecht gegenüber zeigen. Dies ist ein schwerwiegender Nachtheil für die Befinnung des Volkes, denn ihm sollte nie Gelegenheit geboten werden, an dem Sage zu zweifeln: *Justitia est fundamentum regnorum.*“ (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche.)

So schreibt ein liberales Blatt, welches sich selbst für eine entschiedene Gegnerin der Sozialdemokratie ausgiebt und dies auch durch vielfache Schimpereien auf uns zur Genüge dokumentirt hat. Es muß also schon sehr traurig mit der Verwirrung der Rechtsbegriffe, welche die maßlosen Verfolgungen gegen unsere Partei angerichtet hat, aussehen, es muß die allgemeine Moral schon sehr schwer unter der „Nervosität und Empfindlichkeit“ hoher Personen leiden, wenn ein so reichs- und bismarcktreues Blatt sich zu derartigen Betrachtungen antrauft.

Sehr bezeichnend aber ist es, daß die „Magdeb. Bzg.“ den Richtern selbst den Vorwurf allzu großer Nervosität und Empfindlichkeit der Sozialdemokratie gegenüber macht. Sehr bezeichnend!

Wie sich die Interpellation der Herren von Bennigsen, Hädel und Genossen im deutschen Reichstage in Bezug auf die Orientfrage in den Köpfen unserer reichs- und regierungstreuen Spießbürger widerspiegelt, das geht klar aus einem Leitartikel der liberalen „Flensburger Nachrichten“ hervor, in dem wir Folgendes lesen:

„In diesem entscheidenden Augenblick hat sich der Reichstag entschlossen, die auswärtige Situation vor seinem Forum zur

Sprache zu bringen. Die Mitglieder aller reichstreuen Parteien, von den Conservativen bis zur Fortschrittspartei, haben sich vereinigt, um an den Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob und wann er dem Reichstage Mittheilungen über die auswärtige Politik zu machen gedenke. Mit diesem Vorgehen ist in würdiger und geschickter Weise dem Bestreben des Centrums und der Sozialdemokratie, die auswärtige Politik des Reichskanzlers vom scharf oppositionellen Standpunkt zu behandeln und Kapital für ihre Agitationszwecke daraus zu schlagen, die Spitze abgebrochen. Nicht in Gestalt einer Anklage, wie die beabsichtigte Interpellation des Centrums und der Sozialdemokratie sich von vornherein ankündigte, sondern als einfache Anfrage tritt die Aufforderung an den Reichskanzler heran, der in seiner auswärtigen Politik sich des Vertrauens und der Zustimmung der Mehrheit des Reichstags versichert halten kann.“

Hier wird also offen eingestanden, daß die Interpellation der reichstreuen Mehrheit lediglich entweder auf Bestellung „gemacht“, oder aber, um einer entschiedenen Anfrage die Spitze abzubreaken, gestellt worden ist. Wenn wir der liberalen Majorität ihre Bedientenhaftigkeit und Hundebemuth vorwarfen, dann entstand gewöhnlich ein lautes Gezeiter bei den „Reichstreuen“, und jetzt sind die Herren schon so weit herabgekommen, daß sie ihre lexviten Eigenschaften nicht allein selbst eingestehen, sondern noch darauf stolz sind. Daß sich auch die edlen Fortschrittler der demüthigen Interpellation angeschlossen haben, die den Reichskanzler erst um Erlaubnis bittet, anfragen zu dürfen, ob er eine Antwort geben wolle, liegt in der Natur der Sache — das Schwänzen muß eben weheln. Ob Bismarck nicht zu stolz sein wird, auf derartige devote Anfrage überhaupt eine Antwort zu geben? Jedenfalls wird der Reichstag nach der Antwort nicht kläger sein als zuvor.

Die Partei des Rückschritts hat wieder einmal einen Antrag verbrochen, den sie im Reichstage einbringen will. Er bezieht sich auf das Haftpflichtgesetz und es figuriren als Antragsteller die Herren Dr. Max Hirsch, Alnoch, Dr. Meyer und Wolffsheim. Derselbe lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Session einen Bericht vorzulegen, welcher unter Abänderung des § 2 des Gesetzes vom 7. Juni 1871 die Bestimmungen desselben auf alle mit besonderer Gefahr für Leben und Gesundheit verbundene Gewerbebetriebe ausdehnt und durch anderweitige Regelung der Beweislast den Beschädigten zugleich einen wirksamen Schutz gewährt.“ — Anstatt einen Antrag präcise dahin zu formuliren, daß der Schuldbeweis bei allen Unglücksfällen vom Unternehmer zu führen sei, daß ferner die Arbeiter bei den Bauten und bei dem landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb mit in das Schutzgesetz aufzunehmen seien, bringen die fortschrittlichen Rückschritter obiges Wischi-Waschi ein, welches der Regierung die erwünschte Gelegenheit giebt, bei der Einbringung des Antrags sich in Schweigen zu hüllen und die ganze so dringliche Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Ein acht „fortschrittliches“ Wanderver!

Etwas von unserm braven Erbfreund. Am 10. November vorigen Jahres wurde vom Memeler Kreisgericht eine Vorladung „eingeschrieben“ nach russisch Schaulen, einem Orte bei Tammoggen, per Post gefandt; dieselbe sollte eine Person vernalassen, in einem am 21. November stattfindenden Schwurgerichtstermine als Zeuge zu fungiren. Nach Verlauf von drei Monaten ist nun endlich die Vorladung nach Memel zurückgekommen mit dem russischen Postvermerk, daß Adressat in Schaulen nicht zu ermitteln sei. So geschehen in einem Lande, dessen Regierung sich über „polnische“ und „türkische“ Wirtschaft aufhält und dieselbe durch solche russische Wirtschaft erstickt hat oder zu ersticken sucht. — Ueber die grausame Behandlung, die der geistvolle Tschernishevski in Sibirien erleidet, hören wir, daß derselbe, nachdem er seine siebenjährige „Strafe“ in den sibirischen Bergwerken verbüßt hatte, in Biljisk, einem von wenigen Zukunten bewohnten Orte im hohen Norden (63 Grad nördl. Breite) Sibiriens internirt wurde, damit

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausdehnungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Borowars“ [Wpored] Bd. V. London.)

III.

Im vorigen Kapitel haben wir das Budget der Einkünfte des russischen Reiches, oder besser das Budget der Ausgaben des russischen Volkes, welche Ausgaben den Staatsmechanismus erhalten, besprochen. Aber das ist noch nicht alles, was das Volk auf dem „Altar des Vaterlandes“ opfert. Es existiren noch eine ganze Masse von verschiedenen anderen Ausgaben, Steuern und Zinsen, welche im Namen des Staates aus dem Volke ausgepreßt, aber in das Reichsbudget nicht eingetragen werden. Wir werden der Uebersichtlichkeit halber diese Summen zusammenrechnen. Um aber unparteiisch bei den Berechnungen zu bleiben, werden wir alle die gewonnenen Resultate eher zu niedrig als zu hoch anschlagen.

Zu diesen Theil der Ausgaben gehören vor allem die sogenannten Ausgaben für lokale Bedürfnisse, d. h. Landespräviden, städtische und Dorfgemeinde-Ausgaben. Wir glauben mit vollem Rechte, diese Ausgaben zu dem Budget der Reichsausgaben rechnen zu dürfen, denn sie dienen zur Erhaltung der „Staatsordnung“, dem Zwecke des „Staatswohlens“ u. s. w. Nur unsere Liberalen können sich mit einer „Selbstverwaltung“ rühmen, die eigentlich nur eine Scheinverwaltung ist, denn diese steht in unserem streng centralistisch-absolutistischen Rußland unter dem Druck der Satrapen, Gouvernements genannt.

Die Landespräviden von 1871 betragen annähernd 19,056,000 Rubel in nur 33 Gouvernements. In dieser Summe müssen auch die in Naturalien bestehenden Abgaben in den 33 Gouvernements gerechnet werden, aber wir unterlassen dies, da wir keine richtigen Angaben darüber finden; in den übrigen Gouvernements, wo die Landesverwaltung noch nicht eingeführt worden, stehen die Abgaben in Naturalien noch in Blüthe. In den letzten Regierungsjahren des Nikolaus betragen die Naturalabgaben 75—83 Kopelen auf jeden Kopf. Nehmen wir aber nur die Hälfte davon, so bekommen wir 10 Millionen Rubel in den übrigen Gouvernements. Also die Landespräviden von 1871 beliefen sich im ganzen Lande auf mehr als 29 Millionen Rubel. Seitdem haben sie sich wahrscheinlich vermehrt, da die Ausgaben in Rußland, wie wir im zweiten Kapitel gesehen, mit jedem Jahre wachsen.

Wenn wir den russischen Organen Glauben schenken wollten, so wachsen die lokalen Landesausgaben um 12 Prozent jedes Jahr. Wir wollen aber nur die Hälfte davon, d. h. nur 6 Prozent nehmen, obwohl in mehreren Gouvernements seit dieser

Zeit noch die „neuen Gerichte“, die große Kosten verursachen, eingeführt wurden. Bei dieser bescheidenen Berechnung finden wir, daß sich die Landespräviden im Jahre 1877 auf 41,131,000 Rubel belaufen. Wollten wir ein getreues Bild in dieser Hinsicht liefern, so müßten wir mehr auf die Einzelheiten eingehen, wir müssen dies aber unterlassen, da wir in der russischen Literatur keine Arbeit vorfinden, die uns hierüber aufklären könnte, denn die russische Regierung leidet solche Arbeiten nicht. Die Ursache, daß wir keine solche literarische Arbeit besitzen, liegt in der Feigheit unserer Regierung, die überall in den Landesversammlungen mit ihrer Scheinverwaltung „Constitutionen“ und „Parlamente“ wittert.

Unsere Landesverwalter sind große Maulhelden, aber sonst feig. Aehnlich ihren Brüdern im Auslande, den Liberalen, verleugnen sie ihre Prinzipien und wägen alle Abgaben auf die armen Bauern und halten dieselben in der alten Sklaverei, die seit 1861 abgeschafft sein soll. Die Umlagen der Bauern z. B. betragen 20,5 Kopelen auf die Desjatine (4 Morgen), während die der Gutsbesitzer nur 6,3 Kopelen ausmachen. Die liberalen Gutsbesitzer, die die Landesverwalter bilden, zahlen drei mal weniger als die Bauern. Schon dieses Verhältniß zeigt unsere Liberalen im richtigen Rechte.

Nach schwerer zu berechnen sind die Ausgaben für die städtische und Dorf-„Selbstverwaltung“. In dieser Hinsicht müssen wir uns mit privaten Mittheilungen und eigenen Erfahrungen begnügen. Nach unserer Berechnung, niedrig genommen, belaufen sich die städtischen Ausgaben auf 31 Mill., die der Dorfgemeinden auf 37 1/2 Mill. Rubel. Wie unsere Leser bemerkt haben werden, geben wir bei unseren Annahmen sehr vorsichtig zu Werke, aber wir wollen noch gerechter sein und werfen von den obigen Summen die Hunderte und Tausende weg. Also die lokalen Verwaltungen kosten dem Volke:

Landespräviden	41 Mill. Rubel,
Städtische Steuern	31 „ „
Dorfgemeindesteuern	37 „ „
	109 Mill. Rubel.

In diese Rubrik der Ausgaben gehören auch die großen Kapitalien der Reichs-, Gesellschafts- und Wohlthätigkeitsinstitutionen. Die Zinsen von diesen Kapitalien dienen zur Unterstützung der Invaliden und Stipendiaten, zu aller Art Pensionsdotationen, Wohlthätigkeitszwecken und zur Errichtung von Kirchen. Weiter gehört noch hierher die große Masse von Gebäuden, technischen Instituten u. s. w., welche verschiedenen Staats- und Gesellschaftszwecken dienen.

Es wäre von unserer Seite unverantwortlich, diese Kapitalien und deren Zinsen nicht in das Budget der Reichsausgaben einzurechnen. Nach einer speziell statistischen Revue, „Militär-Statistischer Sammler“, betragen diese speziellen Einnahmen

1868 33 Millionen Rubel, was sehr niedrig gerechnet ist, denn hierher gehören noch die „speziellen Mittel“ der sehr reichen Gesellschaft des „Rothen Kreuzes“, der Gesellschaft „zur Hilfeleistung für Schiffbrüchige“, die Werthe der Produkte, die die verschiedenen Ministerien aus den ihnen gehörigen technischen Instituten verbrauchen, u. s. w. Wir wollen nur anführen, daß jedes Ministerium seine eigenen Buchdruckereien, großen Gebäude, Schlösser, Bibliotheken, Museen etc. besitzt. Solche Gebäude besitzt die Regierung fast in allen Gouvernementsstädten. Und doch wollen wir alle diese speziellen Ergänzungseinnahmen und Mittel nur auf 30 Millionen Rubel berechnen, obwohl alle die oben angeführten Werthe und Kapitalien viel mehr Nutzen bringen könnten, befänden sie sich in den Händen des arbeitenden Volkes. Mit vollem Recht kann man hier das russische Volksprüchwort: „Wo die Regierung einen Rubel einnimmt, verliert der Bauer fünf Rubel“ anwenden. Aber doch bleiben wir bei den 30 Millionen Rubel, denn wir haben noch viele „Sünden“ unserer Regierung aufzudecken. Also zurück in den Sumpf der Volksausbeutung durch unsere Regierung und forschen wir weiter.

In der Loskaufoperation besteht der ganze Stolz der Regierung Alexander's II. Die Last dieses Unausprechlichen daß gegen diesen empfindet. Das Loskaufgeld wurde den Bauern aufgeschafft, um den Gutsbesitzern die Freilassung der Bauern zu vergüten. Diese Loskaufoperation ist dazu erfunden, um die Unantastbarkeit des „heiligen Eigenthums“ zu sanktioniren. Der Zweck war ein rein finanzieller. Unten werden wir noch auf die Loskaufoperation zurückkommen, hier aber wollen wir nur die schweren Loskaufsgelder, die auf dem Volke lasten, berechnen.

Bis zum 1. Januar 1877 kamen zum Loskauf 8,129,879 Mann der gewesenen Hörigen. Die Summe des jährlichen Loskaufs beträgt 40,008,500 Rubel. In dieser Summe müssen wir noch die Loskaufsgelder der polnischen Bauern, für die ein spezielles Gesetz existirt, hinzufügen. Weiter haben wir noch mehr als 2 Millionen Land, die noch nicht ganz befreit sind, weshalb sie noch bis jetzt und so lange den Gutsbesitzern Frohngelder zahlen müssen, bis sie zum Loskauf kommen werden. Diese Bauern nennt man „Zeitpflichtige“.

Nach sei erwähnt, daß die Frohngelder höher zu stehen kommen, als die Loskaufsgelder, und zwar um 20 Prozent. Wenn wir nun zu den oben angeführten 40 Millionen Loskaufsgeldern noch 12 Millionen Frohngelder der „Zeitpflichtigen“ und ungefähr 6 Millionen der polnischen Bauern hinzufügen, so bekommen wir 58 Millionen Rubel Loskaufsgelder, welche, wie sich das Manifest bei Befreiung der Leibeigenen ausdrückte, „zur Verbürgung des Bauernwohlstandes“ dienen sollen.

(Fortsetzung folgt.)

Ihn seine Freunde nicht befreien können. Das Klima ist dort sehr streng, so daß die zu seiner Ueberwachung dirigierten Gensdarmen nicht länger als ein Jahr oder noch weniger dort ausdauern können. Die Lage Tschernomorski's ist jetzt noch schlimmer, obwohl er seit 1871 nicht mehr zu den Sträflingen gezählt wird. In Folge der schlechten klimatischen Einflüsse leidet er an einem Kropf. — Und eine Regierung, die im eigenen Lande so haßt, will sich als Streiterin für Christenthum und Humanität ausgeben! Man müßte lachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre, und wenn nicht auch in Deutschland zahlreiche Menschen vorhanden wären, welche freudig mit der russischen Regierung Schulter an Schulter stehen möchten.

— Die Urtheile in dem großen russischen Prozesse sind, nach einem Telegramm vom 8. d., gesprochen. Hippolit Michkin wurde zu einer zehnjährigen Strafarbeit in den Bergwerken Sibiriens verurtheilt; fünf der Angeklagten wurden zur Ansiedelung in den entfernten Gouvernements d. h. zur Deportation in den Kaukasus, 63 zu Gefängnißstrafen verurtheilt; 90 wurden freigesprochen; alle Verurtheilten, mit Ausnahme Michkin's wurden der „Gnade“ des Kaisers empfohlen. So hat diese schmachvolle Justizfare geendet. Wir werden auf dieselbe zurückkommen.

— Ueber die europäische Lage ist absolut nichts Neues zu sagen. Nach wie vor ist Alles in der Schwebe. Die englische Flotte liegt vor Konstantinopel, die Russen sind zwar nicht in Konstantinopel eingezogen, stehen aber in unmittelbarer Nähe der Stadt und sollen auch bis Gallipoli vorgedrungen sein, also die Einfahrt in's Marmarameer bedrohen. „Bei so gespannter Situation“, munkeln schon die Offiziere, „wird Fürst Bismarck am Dienstag die Interpellation wohl kaum schon beantworten können.“ Nun — das ist auch ziemlich gleichgültig. Nach „beantworteter“ Frage würden wir so wie so nicht klarer sehen als vorher.

— Gegen Koss ist (auf Grund seines Auftretens gegen die „Christlich-Sozialen“) wegen Beleidigung des Oberkirchenraths und der evangelischen Geistlichkeit Anklage erhoben worden. Nicht genug mit diesem Erfolge, gegen die Süddeutschen und christlichen Genossen noch weiter, um die Staatsanwaltschaft zu einer ernsthaften Anklage zu veranlassen. Alles im Namen der „Religion der Liebe“.

— Am 12. ds. Mts. nahm der Reichstag einen Antrag Demmler's: das Strafverfahren in mehreren Prozessen gegen Liebknecht während der Dauer der Session zu sistiren, ohne Widerspruch an. Der betr. Antrag, der eigentlich erst in der nächstfolgenden Sitzung (vom 14. d.) zur Verhandlung hätte kommen sollen, wurde ausdrücklich mit Zustimmung des Hauses schon am 12. vorgebracht, weil Liebknecht auf den 13. d. M. zu einem Termin nach Breslau geladen war. Noch am Nachmittag des 12. wurde der Beschluß des Hauses vom Präsidium des Reichstags dem Reichsanwalt zur Ausführung mitgetheilt. Was dieses mit dem Beschluß gemacht hat, wissen wir nicht; wohl aber wissen wir, daß der Termin gegen Liebknecht in Breslau abgehalten, und daß das verurtheilende Erkenntniß des Reichsbaher Gerichts einfach bestätigt wurde. Nun lautet zwar dieses Erkenntniß bloß auf eine rein formale Strafe (30 M.), aber der Prozeß selbst hat eine hohe prinzipielle Bedeutung, und gestützt auf den Beschluß des Reichstags, wird darum Liebknecht an geeignetem Ort und zu geeigneter Zeit die nöthigen Schritte thun, um die Ungültigkeitserklärung des Erkenntnisses vom 13. d. M. zu erwirken. Wir sind gespannt, welche Haltung der Reichstag einnehmen wird, dessen Autorität doch offenbar im Spiel ist.

— Unser Ehrenmitglied Lessendorff an der Arbeit. Das Schwert des Damokles, schreibt der „Votschaster“, schwebt schon seit länger als Jahresfrist in Gestalt staatsanwaltlicher Straf- und Auflösungs-Anträge über dem Deutschen Tabakarbeiter-Verein, dem ältesten und, wie allgemein anerkannt

wird, dem bestorganisirten und thätigsten, auf Grund des durch Gesetz gewährleisteten Koalitionsrechts begründeten, nicht politischen Gewerkschafts-Verein. Auch Herr Lessendorff hat seinen ihm zu Gebote stehenden politischen Apparat in Bewegung gesetzt, um dem Verein nach fast dreizehnjährigen Bestehen den Garauz zu machen. Die Central-Leitung des Vereins, sowie eine Anzahl ihm zugehöriger Lokal-Vereine sind von ihm unter Anklage gestellt worden, und zwar, wie er in naiver Weise selber eingesteht, wegen ihrer großen Machtentfaltung! — Ueber 7000 centralistisch organisirte Arbeiter mit einem disponiblen Kapital von 20,000 bis 30,000 Mark ist seiner Anschauung nach eine ständige Gefahr für das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. Wir sehen, daß Herr Lessendorff à tout prix (um jeden Preis) für die Sozialdemokratie agitiren will; denn eine Auflösung des Tabakarbeiter-Vereins würde der Sozialdemokratie eine Elite-Truppe zuführen, die auch die Kriegskasse derselben füllen wird, damit die Propaganda noch viel nachdrücklicher als seither für die sozialistischen Prinzipien betrieben werden kann.

— In dem in Leipzig anhängigen Bismarckbeleidigungsprozeß gegen Berleger und Drucker des R. Reverschen Buches: „Politische Gränder und die Corruption in Deutschland“ ist, nachdem die gegen das Urtheil 2. Instanz erhobene Nichtigkeitsbeschwerde verworfen und der den Angeklagten auferlegte Reinigungsseid von letzteren abgelehnt worden war, am 9. Februar ein anderweitiges Erkenntniß publizirt worden. Es lautet für den Berleger, Herrn E. Bidder, auf 3 Monate und 3 Wochen, für den Drucker, Feiner, auf 3 Monate Gefängniß. Die Angeklagten haben auch gegen dieses Urtheil die Appellation angemeldet.

— Wie die „Westfälische Freie Presse“ mittheilt, wurde zu Dortmund am 13. d. unser Parteigenosse Ostermann angeklagt wegen Majestätsbeleidigung verhaftet und in das dortige Gerichtsgefängniß abgeführt. Das Vergehen soll durch Abdruck einer Notiz aus dem „Vorwärts“ begangen sein, in welcher die Beleidigung des Ordens pour le mérite an den Fürsten von Rumänien mit dem Verfahren gegen die badischen Reichsverfassungskämpfer zusammengestellt ward.

— Am 13. d. starb zu Berlin Gustav Rasch an den Folgen eines Schlaganfalls, der ihn vor mehreren Wochen in Wien betroffen. In seinen letzten Fieberphantasien feierte er die „goldene Freiheit“. Gegen 5 Uhr Morgens, so schreibt ein Freund, richtete sich der Kranke, der seit vielen Wochen nicht ein Glied rühren konnte, plötzlich im Bette auf, mit mächtigem Zuge holte die Brust nach der Anstrengung Athem, dann rief er mit vollem Ton: „Frei bis zur Adria!“ und leblos sank der Körper in die Kissen zurück. — („Frei bis zur Adria“ ist der Titel eines Buchs, in welchem Rasch für die Befreiung Italiens (inrtr.) kämpfte, früher ein nationaler Demokrat aus der alten Schule, hat sich weiter entwickelt und bekannte sich seit 1873 entschieden zu sozialdemokratischen Ansichten.

— Am 23. Januar starb im Städtischen St. Mary, Staat Ohio, in Amerika August Willich, im Alter von 68 Jahren. Preussischer Offizier, schlug er sich 1848 auf Seiten des Volks, kämpfte 1848 in Baden und 1849 in der badisch-pfälzischen Reichsverfassungskampagne, wanderte, nachdem er einige Zeit in London als Verbannter gelebt, nach den Vereinigten Staaten aus, trat dort bei Ausbruch der Südstaaten-Empörung in die Dienste der Union und zeichnete sich so aus, daß er bald zum General avancirte. — Früher eifriger Sozialist, ja Communist, hatte er seit seiner Auswanderung jede Fühlung mit der sozialistischen Partei verloren.

— Das neueste Heft (10) der „Zukunft“ vom 15. Februar 1878 hat folgenden Inhalt: 1) Die Uebertragung der Feuerversicherung an das Reich. Von Dr. A. Mülberger. — 2) Zur Steuerreform der Großstädte. — 3) Ueber den Zusammenhang des wirtschaftlichen und des politischen Prinzips im demokratischen Sozialismus. — 4) Polemik. — 5) Rezensionen.

Leben schlagen soll. Dennoch sieht man hier selten ein vergotetes Gesicht. Der hiesige Bauer findet fast jeden Tag eine Gelegenheit, sich ohne Kosten am Brauntwein zu berauschen und auf diese Weise seine schlimme Lage, wenn auch nur für einige Zeit, zu vergessen. Bald bemerkt man ihn mit Brauntwein, damit er seine Stimme für die Eröffnung einer Schenke abgibt, bald wird seine Stimme bei Wahlen durch Brauntwein erlautet — kurz bei jeder Gemeindefammlung ist die Schenke offen, und der Brauntwein, der von den interessirten Personen gespendet wird, giebt bei der Abstimmung den Ausschlag. So macht unläßlich der reiche Kaufmann Kuhstreu der Gemeinde von Lechutum den Vorschlag, um ein Grundstück zur Errichtung eines Magazins für Spiritus und Brauntwein abzutreten. Es wurde eine Versammlung der stimmberechtigten Gemeindeglieder veranstaltet und der Kaufmann wandte sich mit folgender Anrede an die Bauern: „Meine lieben Leute! Was wollt Ihr mit dem Grundstück anfangen? — Trete mit dem Platz ab, ich gebe Euch drei Werthe Brauntwein zum Besten! — Allerdings erheben sich einige Bauern und meinen, das Grundstück könne man nicht abtreten, denn es sei eigentlich für ein Gemeindegazins bestimmt; — die Mehrzahl aber sprach, verlockt durch den versprochenen Brauntwein, das Grundstück dem Kaufmann zu. — In anderen Gemeinden ließ man die Dorfschulen eingehen, gestiftete aber die Eröffnung von Schenken. Diese Schenken sind das größte Uebel für unsere Bauern: jedes sauerverdiente Geldstück schleppt der Bauer in die Schenke. Kommt nun der Beamte, um die Steuern einzutreiben, dann ist kein Geld da und es kommt zu herzerweichenden Szenen, wenn das Vieh und Hausgeräth gepfändet wird.“ Und so geht es fast überall im heiligen Reichland unter dem Fluche des Brauntweins. Dafür liefert die Steuer an spirituelle Getränke aber auch dem Staate jährlich nahe an 200 (zweihundert) Millionen Rubel.

— Die sogenannte preussische Fortschrittspartei hat vor einigen Wochen in Berlin ein Bankett gehalten bei dem viel und gut gegessen, noch mehr und besser getrunken und zum Wohle des Vaterlandes unendlich geschwätzt wurde.

Darauf berichten die fortschrittlichen Zeitungen, das Bankett sei so glänzend ausgefallen, daß diese politischen Festlichkeiten fortan „zu den dauernden Institutionen in unserer Hauptstadt zählen werden.“

Das Volk hungert und verlangt nach Brod, währenddem sitzen seine liberalen Vertreter an reichbesetzten Tischen und bewelthürchen sich gegenseitig. Vorküchtige Leute. Wann wird das Volk diesem Unflug ein Ende machen?

— Stöcker's pietistische Agitation ist auf fruchtbarstem Boden gefallen. Um die armen Hofprediger für ihre vielen Veldin zu entschädigen, haben die Herren E. Gerold sen., Bankier Bösch und Justizrath Stämmer eine Sitzung zu Gunsten der evangelischen Domprediger in Berlin und ihrer Hinterbliebenen gegründet, zu welcher bereits 3500 Mark gesammelt sind. Diefelbe soll den Namen „Fons pietatis“ (Quell der Frömmigkeit) führen. Die Herren Priester vertriehen das hungrende Volk gemeinlich auf den Himmel; sie selbst aber lassen sich von irdischen Bankern mit klingender Münze trösten. An des Himmels Segen ist Alles gelegen — besonders wenn man aus irdischer Hand zugleich einige Hundertmarktheine erhält. Gränberg und Stöcker sollen leben!

Entgegnung

auf „die Motive des Sozialismus“ von F. R. (Fortsetzung.)

Ich weiß nicht, ob Sie nach dieser Erklärung meine 3. These noch ebenso scharf angreifen werden, als vorher. Meine Meinung ist die: Der Sozialismus vieler Sozialdemokraten sei weniger aus der klaren Erkenntniß der wirklichen Schäden unserer bisherigen Gesellschaftsform und der Mittel, wodurch diese Schäden zu beseitigen seien, hervorgegangen, als aus allerlei andern, und zwar zum Theil nicht zu billigen Beweggründen, wie z. B. Klassenhaß, Neid, Genußsucht; er sei bei denselben viel mehr eine sittliche als eine intellektuelle Verirrung. Das ist meine Anschauung, die sich aus dem gebildet hat, was ich gelesen, gehört und gesehen habe. Und eine solche Ueberzeugung darf man wohl auch aussprechen. Bin ich im Irrthum, wohl, so möge man mich eines Besseren belehren; ich lasse mich sehr gern belehren.

Indessen sehe ich, daß ich mit meiner Auffassung nicht vereinigt dastehe. Herr Domcapitular Roufang zu Mainz meint, die soziale Frage sei mehr eine Herzens- als eine Magenfrage.“ Und Roufang war bekanntlich der vertraute Besinnungsgehilfe des verstorbenen Bischofs Ketteler, dem sogar Lassalle das Zeugniß gab, er (der Bischof) habe sich in der Schrift: „Die Arbeiterfrage und das Christenthum“ für seine Ansichten ausgesprochen. Roufang hat sich auch bei verschiedenen Bahnen der Unterstützung der Mainzer Sozialdemokraten zu erfreuen gehabt, wird also von denselben nicht als ein gehässiger Gegner angesehen. Trotzdem urtheilt er ähnlich wie ich. Dasselbe thun verschiedene Schriftsteller, welche über die heutige Sozialdemokratie geschrieben haben z. B. Jäger, Conzen, Gessen u. A.

Wenn ich behaupte, daß der Klassenhaß Viele der sozialdemokratischen Partei zuführe, so werden Sie es wohl kaum wagen, mir darin zu widersprechen. Sie müßten mit der Literatur Ihrer Partei völlig unbekannt sein, wenn Sie bestritten wollten, daß die unausgesetzte Aufreizung zum Klassenhaß ein Hauptmittel der Propaganda für die sozialdemokratische Partei ist. Dies wird vielfach offen eingestanden. Der „Neue Sozialdemokrat“ schreibt 1872, Nr. 10: „Aber ihr predigt ja immer den Haß, den Klassenhaß — so wird man uns entgegenrufen — Ja wohl, und das thun wir, indem wir uns voll und ganz auf den Boden der Menschenliebe stellen;“ und in Nr. 1 von 1872: „Ja, dieser Klassenkampf und dieser kleine Krieg, das ist es, was vornehmlich unsere Partei charakterisirt.“ Ferner in Nr. 65 von demselben Jahre bei Gelegenheit des Zerwürfnisses mit Schweiger: „Wir haben Schweiger hochgeschätzt und gerade deshalb hochgeachtet, weil er gerade derjenige war, der vorzugsweise den Klassenhaß gepredigt hat.“

Was aber die Genußsucht anlangt, so weiß Jeder, der mit den Verhältnissen einigermaßen vertraut ist, daß die sozialdemokratische Propaganda in den Gegenden, wo die Bevölkerung sich noch die Tugenden der Mäßigkeit und Genügsamkeit bewahrt hat, und anderwärts wenigstens in den Kreisen der Bevölkerung, in welchen sich diese Tugenden besonders erhalten haben, wenig oder keine Erfolge erzielt hat. Wo der Wenigerbegüterte neidlos auf die sog. besitzenden Klassen hinblickt, wo er mit einem bescheidenen Loos zufrieden ist, da ist kein Boden für die Sozialdemokratie. Wo aber Unmäßigkeit und Genußsucht eingerissen sind, da blüht ihr Weizen. Es ist in dieser Beziehung charakteristisch, daß gerade in der Zeit der übertriebenen Löhne, von denen so Viele leider keinen vernünftigen Gebrauch zu machen wußten, in der Zeit, wo vielfach die übermäßige Genußsucht in den Arbeiterkreisen einriß, wo die Rede vom „Rasseneid“ die unerschämteste Lüge war — ich sage, es ist charakteristisch, daß gerade in dieser Zeit die Sozialdemokratie so rapide Fortschritte machte. Das ist eine allbekannte Thatfache. Es fehlt aber auch nicht an ausdrücklichen Geständnissen hervorragender Sozialdemokraten, welche die Wichtigkeit meiner Behauptung bestätigen. Nehmen Sie gefälligst das „Arbeiterlesebuch“ von Lassalle zur Hand und lesen Sie auf Seite 31 und 32, wie derselbe die deutschen Arbeiter ablanzt wegen „ihrer verdammt bedürfnislosigkeit“ — „man müsse ihnen deshalb erst noch

— Mehlerfälschung. Von dem Düsseldorf'schen Justizpolizeigericht wurde am 4. Februar der Müller Heinrich Ulrich zu Einbußen von drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil derselbe unter von ihm gemahneten Wehl Gibs gemischt hatte; das eine Mal fanden sich 87 pEt, das andere Mal 137 pEt. Gups in dem Wehl vor. Die liberalen Zeitungen, auch die „Berliner Volkszeitung“, fügten dieser Nachricht bedauernd folgenden Satz hinzu: „Die Fälschungen waren so ungeschickt vorgenommen, daß sie alsbald entdekt wurden.“ — Ja, ja! Stehlen und betrügen ist erlaubt, nur darf man dabei sich nicht lassen lassen.

— Russisch. In russischen Blättern lesen wir: „Es wird nicht ohne Interesse sein, wie der General-Gouverneur Fürst Dubouloff-Korotoff in Kiew einige Damen von den von ihnen kundgegebenen türkischen Sympathien gründlich geholt hat. Diese Damen, 6 an der Zahl, — man sagt, es sollen Solimanen gewesen sein — hatten an gefangene türkische Offiziere, welche auf ihrem Transport nach Rußland Kiew passirten, ganze Körbe voll Wein, Cigarren und Zunderwerk z. vertheilt und überaus schön mit diesen Feinden ihres Vaterlandes gethan. Kann war dies dem genannten General-Gouverneur gemeldet worden, so läßt er die tütschenfreundlichen Damen festnehmen und nach einer 5 Woch von der Stadt entlegenen Irrenanstalt bringen, aus der sie nach 3 Tagen entlassen wurden, nachdem sie dort voll Bestürzung die Versicherung gegeben hatten, daß sie von ihrer Turfomanie vollständig geheilt seien. Den Rückweg nach Kiew mußten sie noch zur Strafe zu Fuß machen. Das Mittel ist barbarisch, aber probat.“ — Es ist eben russisch! Und dieses Rußland kämpft für die Befreiung der Christen in der Türkei!

— Wie man Zeitungen redigirt. Die Leipziger „Volkszeitung“, ein zwischen „Fortschrittspartei“ und Demokratie (auch Sozialdemokratie) hilflos hin- und hergeschwankendes Organ brachte in einer seiner letzten Nummern eine Correspondenz aus Dresden, in welcher die neuliche Rassenversammlung über die Orientpolitik des Fürsten Bismarck und Liebknecht's Vortrag in dieser Versammlung ebenso abern als — unanständig besprochen oder richtiger nicht besprochen wurden.“ Nun, jedes Thierchen hat sein Volkchen. Besagtes Thierchen hätte aber bedenken sollen, daß die „Volkszeitung“ in ihrem redaktionellen Theil wiederholt für den Standpunkt diesen in der Orientfrage eintreten ist. Und der Redakteur? Er hat wohl gefächelt?

Beiläufig machte in jener Versammlung ein unglücklicher „Fortschritler“, der aber die reinste Bismarckerei vom Stapel ließ, Viebknecht sehr unglückliche Opposition und wurde von diesem gebührend abgefertigt und von der Versammlung während ausgelacht. Daher der Jörn! Und was die Begriffe- und Prinzipienverwirrung im fortschrittlichen Lager betrifft, so sind wir ja daran gewöhnt.

*) Hat sich seitdem wiederholt. Um ihr Beweisen zu salbiren hat die Redaktion aber diesmal in einer Fußnote bemerkt, sie (die Redaktion) stimme sachlich mit Liebknecht in dieser Frage überein. Jedermann, mit dem man in einer so wichtigen Frage sachlich übereinstimmt, wegen seiner Darlegung derjenigen Ansichten, auf welche die Uebereinstimmung sich bezieht, pöbelhaft angreifen und beschimpfen lassen — das ist wahrhaftig — originell. —

— Zur Bierfälschung. An eine große Zahl von Restaurateuren, besonders am Rhein, sind in letzter Zeit Briefe folgenden Inhalts gelangt worden: „Geehrter Herr! Es wird Ihnen vielleicht noch nicht bekannt sein, daß die sogenannten echten, dunkeln Biere (Culmbacher, Nürnberg, Erlanger u. l. w.) zum großen Theile auf falschem Wege hergestellt werden oder sich wenigstens auf diesem Wege herstellen lassen, d. h. es wird dem gewöhnlichen hiesigen Lagerbiere vor dem Transport ein Zusatz von, der Gesundheit allerdings durchaus zuzugenden Stoffen beigegeben, wodurch der besondere Geschmack und das Aussehen erzielt werden. Dieser Zusatz, der etwa per Hektoliter 1 Mt. 50 Pf. kostet, ist sehr leicht hergestellt und wird Ihnen der große peluniäre Vortheil einleuchten, den Sie haben, wenn Sie sich die immer mehr in Aufnahme kommenden fremden Biere selbst herstellen; ja, Sie können dieselben, besonders im Sommer, in viel schönerer Qualität haben, da die schweren Biere bekanntlich auf dem langen Bahntransporte leicht durch die Hitze leiden. Ich habe in meiner langjährigen Thätigkeit als Braumeister die Zusammensetzung der verschiedenen Recepte genau kennen gelernt und bin gern bereit, Ihnen dieselbe mitzutheilen, und liegt es in Ihrem eigenen Interesse, einmal einen Versuch damit zu machen, und wird sich das Produkt, vorausgesetzt, daß das Lagerbiere fehlerfrei war, in nichts von dem besten Exportbiere unterscheiden. Die drei oben angeführten Sorten sind die beliebtesten, doch bin ich gern bereit, Ihnen bei Bereitung anderer, bei Ihnen eingeführten Biere mit meinem Rathe an die Hand zu gehen, und bitte in diesem Falle, mir zwei Flaschen des betreffenden Bieres einzusenden. Jedes Recept kostet 16 Mark, alle drei zusammen 30 Mark, und rechne bei Nachbestellung der übrigen das bezahlte Geld auf das Ganze an. Machen Sie vertrauensvoll den Versuch — die Kosten sparen Sie ja in einer Woche, Sie sind dann nicht von dem Bahntransporte abhängig und können Ihren Gästen einen gleich guten Stoff vorsetzen. Osterwiehl a. H. Hochachtungsvoll B. Stein.“ Nun, der Mann kennt den „Jug seiner Zeit“! Die kolossale Zunahme des Ausschanks „dunkler Biere“ wird hiernach Niemand mehr Wunder nehmen. Und auch nicht die ebenso kolossale Zunahme von Magenkatarrhen und sonstigen Erkrankungen in Folge des Biergenusses. —

— Herr König, Johannes, Reformator und Kaiser II. fährt seit Jahren, da das religiöse und unreligiöse „Geschäft“ nicht mehr blühen will, in Darmstadt ein ziemlich obstrues Leben. Wie wir aus einem von ihm herausgegebenen Winkeltischen („Die Neue religiöse Reform“) ersieht, ist er nun zu den Stöcker'schen Sozial Reformen übergegangen. Jeder findet doch zuletzt das ihnen gebührende Plätzchen.

— Russisches Bauernleben. Ueber das Leben und Treiben der Bauern im russischen Reich, Gouvernements Archangel, schreibt ein dortiges Blatt: „Rancher Bauer weiß es nicht, wie er sich bis zu der Zeit, wo ihn der Tod von den irdischen Sorgen erlöst, durch's

beweisen, daß sie in einer traurigen Lage seien — — und daß viel Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche, anständige Weise befriedigen, das ist die Tugend der heutigen, der national-ökonomischen Zeit. — Diese Lehren sind nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen. Die Schüler reden's (und thun's) dem Meister nach: „Es weiß die Sozialdemokratie, daß Genuß Lebenszweck ist.“ Neuer Sozial-Demokrat 1873: „Es geht die grenzenlose Unerschämtheit so weit, daß kürzlich ein Bourgeoisblatt sich während darüber stellte, daß der „Neue Sozial-Demokrat“ niemals den Arbeitern ins Gewissen rede, daß Schnapstrinken, Blaumachen, Tanzen und sonstige Leppigkeiten zu lassen, und stat dessen hübsch fleißig und fleißig zu sein. — Nimmermehr soll es uns darum einfallen, das Volk zu bereden, einen einzigen Genuß fahren zu lassen.“ Also auch das Blaumachen nicht? Das paßt doch selbst in die heutige nationalökonomische Zeit.

Nehmen Sie dazu die schon früher von mir citirte Stelle aus dem „Volkstaat“ 1873: „Unser Losung ist — und wir sagen es frisch, fröhlich und frei: Champagner, Klavier und Kinderwagen und die sonstigen schönen Dinge dieser Welt für das arbeitende Volk.“ Sie sehen, die Ansprüche sind nicht klein. Wer giebt denn der ungeheuren Mehrzahl der sog. Bourgeois von heute Champagner und ähnliche schöne Dinge?

Diese Lehren wurden nicht tauben Ohren gepredigt; die Zeiten der goldenen Zukunft wurden von den Betroffenen im Voraus escomptirt, der Champagner wurde in den Zeiten der guten Löhne im Voraus getrunken; allerdings die Kinderwagen, welche damals leicht gekauft werden konnten, wurden in vielen Fällen nicht gekauft. („Was schert mich Weib, was schert mich Kind?“) Dafür aber fuhr der Herr Papa oder der Herr Sohn, dem es nicht einfiel, wie sauer er seinen Eltern, die keine so hohen Löhne gekannt hatten, geworden war, am blauen Montag in der Droschke umher und an andern Tagen in der Droschke zum Arbeitsplatz, während der Bourgeois Bauunternehmer bescheiden zu Fuße ging. Damals predigten wir Pfarrrer Sparbarkeit; aber viele glaubten uns nicht. Was verstehen auch wir Pfarrrer von solchen Dingen, wie Geschichte, Nationalökonomie u. dgl.? Dazu ist „unser Elter“ viel zu klein. Da wußte es Herr Bebel viel besser, wie es kommen werde, und rieth deshalb, wie ich mir habe sagen lassen, den Arbeitern: „Der Arbeiter müsse statt zwei Glas Bier deren täglich vier trinken, dadurch werde die Bierbrauerei gefördert, oder, statt einer Kreuzer-Cigarre müsse er solche für einen Groschen rauchen zur Hebung der Tabakindustrie.“

Damals nahmen sozialdemokratische Blätter keinen Anstand, ihre schrecklichen Schilderungen vom Hungertypus in Berlin im Inseratentheil durch Annoncen, wie folgende, zu illustriren: „Den Herren Parteigenossen zur Kenntnis: Jeden Sonntag Ball. Jeden Montag und Donnerstag Theater-Vorstellung, nachher Kränzchen. Meine gut eingerichteten Salons sind noch an gewissen Tagen in der Woche zu Ballen und sonstigen Festlichkeiten unentgeltlich zu vergeben.“ — Wo solche Anerbietungen, und zwar mit Erfolg gemacht werden konnten, muß doch ziemlich viel Genußsucht vorhanden gewesen sein, und das ist gar nicht erspännlich, wenn man bedenkt, wie den Leuten die Genußsucht als eine nationalökonomische Tugend gepriesen wurde. Es gab damals allerdings auch Arbeiter, welche den Pfarrrern und ihrer Elie ein wenig Vertrauen schenkten; sie sind nicht schlecht dabei gefahren, Herr F. R.

Von diesem Kapitel (der Genußsucht vieler Sozialdemokraten) können wir Pfarrrer einiges erzählen. Wir erfahren davon wahrscheinlich mehr, als Sie. Wir sehen auch hinter die Coullissen; wir hören die Klagen von alten Eltern, von Frauen und Kindern; wir sehen auch die andre Seite der Medaille. Sie sehen in Ihren Versammlungen die begeisterten Kämpfer für den sozialistischen Zukunftsstaat, welche den wohlklingenden Phrasen von allgemeiner Menschenliebe, von wahrer Brüderlichkeit frenetisch Beifall juchzen — vielleicht beim wohlgestülften Glase und andern „schönen Dingen“; wir aber sehen dabei die vernachlässigten Frauen und Kinder und merken dabei, wie weit die allgemeine Menschenliebe einstweilen noch geht.

Ich spreche nicht gern von diesen Dingen, Herr F. R., aber Sie haben mich dazu gezwungen. Auch urtheile ich nicht zu streng über diese Verirrungen, denn ich weiß nur zu gut — das sagt mir schon „meine Bibel“ — wie sehr der Mensch von Natur zur Genußsucht geneigt ist. Wie können solche Verirrungen aber ausbleiben, wenn dem Menschen der beste Halt dagegen — und das ist die Religion, Herr F. R. — genommen, wenn ihm der Materialismus als das Evangelium der Aufklärung und Befreiung (ja, der Befreiung des Fleisches von der Herrschaft des Geistes!) so eifrig gepredigt wird? Ich klage nicht die Verfälschten an, unsere mitleidigen Jünglinge und Männer, ich beklage sie vielmehr von ganzem Herzen. Wohl aber klage ich die an, welche das wilde Feuer der Begehrlichkeit in den schlecht bewachten Herzen angezündet und eifrig geschürt haben. (Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

Waldenburg i. Schl., 5. Februar. Wir erhalten ein Schreiben mit der Bitte, nachstehenden an den Fürsten Pleß gerichteten Brief zu veröffentlichen:

An den Reichstagsabgeordneten
Seine Durchlaucht Herr Fürst v. Pleß
in Berlin (Reichstag).

Ihrer Durchlaucht!

Von zwei großen Volksversammlungen — vom 27. Januar c. in Neu-Salzdamm, sowie vom 3. Februar c. in Ober-Rudolfs-waldau bei Wüste-Giersdorf, in welchen über die Stellung des deutschen Volkes zur Bismarckschen Orient-Politik verhandelt wurde — bin ich beauftragt, folgende darauf bezügliche Resolution (welche mit vollster Begeisterung einstimmig angenommen wurde) unserm Reichstagsabgeordneten, Ihrer Durchlaucht, zu unterbreiten; dieselbe lautet:

„Die heutige Volksversammlung ist der Ansicht, daß es Aufgabe jedes denkenden Staatsbürgers ist, die politischen Vorgänge genau zu beobachten und seine Ansicht über den Einfluß der jeweiligen Regierungspolitik auf das Wohl der Bevölkerung ungeschminkt zur Kenntniß der Regierenden zu bringen.“

*) Daß Bauarbeiter in Berlin und zwar zu dem stundenweit entfernten Bauplatz zu 4 und 5 in einer Droschke fahren (a Person 25 bis 30 Pfennige) ist wahr, die Leuten sparten dadurch an ihrer Arbeitskraft. Daß aber der Bourgeois-Bauunternehmer „bescheiden“ zu Fuß nach dem Bauplatz ging, wenn er „nebenan“ wohnte, ist nicht mißerwähnlich, sonst aber fuhr er auf Gummisohlen. Red. d. B.

*) Woher kennt Dr. Dager den Erfolg? Er redet hier allerdings über Dinge, die er nicht versteht — der Erfolg wurde durch dieselben Annoncen in den nichtsozialistischen Zeitblättern hauptsächlich erzielt. Red. d. B.

**) Die Fortsetzung resp. der Schluß der Artikel befindet sich noch nicht in unseren Händen. Red. d. B.

„Au“ diesem Grunde hält sie sich für verpflichtet, ihr Urtheil zur rüchlich-lärischen Frage folgendermaßen auszusprechen:

„Die russische Regierung hat den Krieg gegen die Türkei nicht zur Förderung der Humanität unternommen, sondern zu einem aller Humanität lobensprechenden Zweck, zur Befriedigung ihrer Ländergier. Der gegenwärtige Krieg schädigt nicht nur die unmittelbar daran beteiligten Völker, sondern läßt seinen vernichtenden Einfluß auch auf die anderen europäischen Staaten aus. Nur im Frieden kann die Wohlfahrt der Völker gedeihen. Es muß also die Aufgabe jeder Regierung, die es mit dem Volke gut meint, sein, Alles zu thun, um die weitere Ausbreitung des orientalischen Krieges zu verhindern, und einen der Billigkeit entsprechenden Friedensschluß herbeizuführen.“

„Die heutige Volksversammlung ist daher auch mit dem Vorgehen derjenigen Abgeordneten einverstanden, welche die deutsche Reichsregierung zu einer Aeußerung über ihre Stellung in der orientalischen Frage veranlassen wollen, und sie erklärt alle Abgeordneten ihres Mandats für unwürdig, die einer derartigen Interpellation feig aus dem Wege gehen.“

Da diese Resolution mit dem Antrage, selbige Euer Durchlaucht zuzustellen, in der Zeitung „Wahrheit“ publizirt war, so sind noch unendlich viele Zustimmungen schriftlich bei mir eingegangen.

Daher erlaube mir noch zugleich, Euer Durchlaucht nicht verhehlen zu dürfen und zu eruchen — da die Stimmung der hiesigen Bürger seit letzter Wahlperiode großentheils schon eine andere geworden ist (wofür mein jetziger Lebensberuf in hundert von Beispielen Gelegenheit bietet — was auch die nächste Reichstagswahl dokumentiren wird) — diese Resolution als Zeichen der Stimmung der großen Mehrheit des Reiches zu betrachten — und bei entscheidenden Momenten im Reichstage in diesem Sinne handeln zu wollen.

Im Auftrage von vielen tausenden Bürgern zeichnet
Hochachtungsvoll ganz ergebenst
Hermann Braunschweig, Porzellanwaler.“

(Fürst Pleß gehört natürlich mit zu jenen Interpellanten, die in ihrer Anfrage ein Vertrauensvotum für Bismarck votiren wollen; daß er nicht im Sinne der obigen Resolution wirken wird, dürfte unsern Waldenburger Freunden so gut wie uns bekannt sein. R. d. B.)

Danzig, 11. Febr. Am 7. d. M. fand die Verhandlung gegen die Parteigenossen J. Dorowsky und E. Dyd wegen Uebertretung der §§ 86 und 18 des Vereinsgesetzes vor dem hiesigen Stadt- und Kreisgericht statt. Da J. Dorowsky nicht zur Stelle war, wurde das Verfahren gegen ihn ausgesetzt; gegen E. Dyd wurde auf 50 Mark Geld- eventuell 10 Tage Gefängnißstrafe und Tragung der Kosten erkannt. Derselbe wird Appellation einreichen.

Hannover, 17. Februar. („Tagelöhner!“ ein Schimpfwort.) Vor einigen Tagen passirte Einfender einen Rekruten-Drill-Platz, welcher von Schimpfworten schwersten und leichtesten Kalibers wiederhallte. Reugierig geworden, blieb Einfender stehen und hörte aus dem Munde eines bartlosen Lieutenanten die geflügelten Worte erschallen: Verdammt Bummelhengst, infamer Tagelöhner! Also ist der Tagelöhner zum Schimpfwort avancirt. Sehr nett das! Wenn nun der so angeredete Rekrut seinem Exerciermeister in ähnlicher Weise geantwortet hätte, so wäre er sicherlich streng bestraft worden, aber wer hätte wohl Recht gehabt?

Erfurt, 5. Februar. Gestern tagte hier selbst in dem Gasthaus zum „König von Preußen“ eine Volksversammlung, welche sehr zahlreich besucht war. Das Referat hatte Genosse Nauert aus Leipzig übernommen. Derselbe wies in seinem sehr gediegenen Vortrage über „Christenthum und Sozialdemokratie“ an der Hand der Geschichte nach, daß das Christenthum durchaus nicht besser wie die anderen Religionen sei, sondern stets demüthig gewesen wäre, jeden Kulturfortschritt zu hemmen und nöthigenfalls mit Gewalt. Kein Mittel sei zu schlecht befunden worden, auch das grünlächste nicht; dies sei auch heutzutage noch so. Unsere gegenwärtigen Orthodoxen würden noch mit demselben Blutdurst Scheiterhaufen anzünden wie früher, wenn dies nur noch thöulich wäre. So sei aber die Kultur trotz alledem vorgeschritten und würde das auch in Zukunft geschehen. Als Gegner meldete sich der Vorsitzende des hiesigen christlich-conservativen Vereins, Herr Jacobskötter, derselbe suchte zwar den Redner zu widerlegen, doch wurde es dem Genossen Nauert unter allgemeinem Beifall leicht, seinen Standpunkt zu behaupten. Viele der Versammelten waren wohl mit ganz anderen religiösen Gefühlen in die Versammlung gekommen, als sie dieselbe verließen, und die hiesigen Geistlichen, welche offenbar den Plan haben, hier in nächster Zeit mit der Gründung einer „Staatssozialisten-Partei“ vorzugehen, haben gestern bedeutend an Terrain verloren.

Lörrach, 7. Februar. Wir hatten hier vor kurzem eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Genosse Lehmann aus Hirschheim über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten“ in zweifelhäufiger Rede die Prinzipien der Sozialdemokratie unter allgemeinem Beifall darlegte. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Zum Schluß der Versammlung forderte der Referent noch zum Abonnement auf die sozialistische Presse, namentlich auf den „Vorwärts“ und das „Bairisch-Pfälzische Volksblatt“ auf.

Coburg, Sonntag, den 13. Januar tagte hier eine stark besuchte Versammlung, in welcher Genosse Grillenberger aus Nürnberg über die „Buchhausarbeit“ einen alleseitig mit Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Am Schluß der Versammlung wurde eine Petition an den Reichstag um Aufhebung resp. Beschränkung der Buchhausarbeit mit zahlreichen Unterschriften bedeckt.

Gewerkschafts-Konferenz in Gotha.

Dieselbe findet am 24. d. Mts. daselbst in Hartmann's Restauration (Erholung) am Damweg statt, und beginnt Vormittags 9 Uhr. Die ankommenden Delegirten werden von Genossen — an rothen Schleißen erkennlich — auf dem Bahnhof empfangen werden. Wir eruchen die Gewerkschaften, welche die Konferenz bescheiden, ihre Delegirten bei Hrn. Doh, Mühlgrabenweg Nr. 3 in Gotha anzumelden. Kapell.

NB. Bitte alle Parteiblätter um Aufnahme. D. D.

Ergebnis. (Zur Beachtung.) Die Anstalten der kürzlich stattgefundenen Stadtschultheißen, Gemeinderathe- und Bürgerausschüsse wahlen betrogen ca. 100 Mark. Zur Dedung derselben werden in den nächsten Tagen Sammellisten ausgegeben. Abrechnung erfolgt in der „Schweidnitzer Volkszeitung“. Um rege Theilnahme der Parteigenossen ersucht Das Comité.

Zur Beachtung.

Um die Agitation in unserer Gewerkschaft zu beleben, eruchen wir die Parteigenossen für Weidenburg, Schleißhölz, Lauenburg und Hannover sowie die Bevollmächtigten anderer Gewerkschaften, und Adressen von Schneidern zu übersmitteln. Das Agitations-Comité für den Hamburg-Altonaer Kreis will nämlich eine planmäßige Agitation im ganzen

Korben betreiben und bedarf deshalb Adressen von Gewerkschaften in den verschiedenen Orten.

J. W. der Schneider-Gewerkschaft Hamburgs:
H. S. Freitag, Bevollmächtigter, bei den Hütten Nr. 111, 3. Etage.
Für das Agitations-Comité:
J. F. Schröder, Roggenstraße Nr. 17 bei Petersfelde.

Glückhorn, 18. Februar. Den Gewerkschafts-Genossen der Schuhmacher, welche meinen Mann während seines langen Krankenlagers (s. kräftig unterstützt haben, so wie allen denjenigen, welche am Montag den 12. d. Mts. demselben die letzte Ehre an seinem Grabe erwiesen haben, so wie auch den Genossen aus Bornstedt, welche meinen Mann mit ihrer Fahne zu Grabe geleiteten, sage ich meinen herzlichsten Dank. Die hinterlebende
Helene Wraage.

Briefkasten

der Redaktion. Hrn. D. R. in Reichenbach i. S.: Haben Sie die Güte sich näher auszusprechen, wir verstehen Ihre Frage nicht recht. — U. L. in Königsberg: Wenn die bekannten sozialistischen Broschüren nicht zweckentsprechend sein sollten, so rathen wir zu Lange's „Arbeiterfrage“ (für 4 Mark bei unserer Genossenschaftsbuchhandlung zu beziehen). — St. in München: Also Sie geben dem Genossen R. Recht — gut! Nun gilt es aber auch zu handeln und nicht zu polemischen. Zwei Folioseiten sind leicht beschreiben, den Uebelständen ist dadurch aber noch lange nicht abgeholfen.

Mehrere Parteigenossen in Cöthen. Anonym: Schreiben werden nicht berücksichtigt.

der Expedition. J. Odrnhr Ober-Ingelheim: In einigen Tagen werden wir Ihnen Bescheid geben, ob Ihre Annonce aufgenommen werden kann. — R. Reinhold Altona: Heine's Werke können Sie durch uns beziehen. Es giebt verschiedene Ausgaben hiervon, die größte kostet 21 Mark, Vollausgabe ist schon um 12 Mark zu haben. Geben Sie uns auch an, auf welchem Wege wir Ihnen das bestellte Bild Triumph of Order schicken sollen, per Paket kommt es zu theuer, setzen Sie sich mit einer Buchhandlung (vielleicht Wilmers und Rogers in Newyork) in Verbindung, durch welche wir Ihnen das Bild und etwaige Schriften zukommen lassen können.

Quittung. Himm London Ab. 40,80. Wrgs Wien Schr. 5,12. Dr. Halle Kan. 2,10. Schmitt Hof Schr. 8,00. Sol Jülich Ab. 200,00. Geluhrt Nürnberg Ab. 100,00. Fische Burgen Schr. 20,19. Gbte das Schr. 9,70. Schmidt München Ab. 2,00. Becht das Ab. 30,00. Radm. By Darmstadt Schr. 55,40. Exped. der „Wahrheit“ Breslau Schr. 33,20. Ruf Frankfurt Ab. 26,00. Wrg Remsburg Ab. 4,00. Schr. 17,20. Als Magdeburg Schr. 26,20. Wrg Jüttau Schr. 4,00. Abt Uehl Schr. 9,70. Hg Hof Schr. 2,10. Dr. Kglman Hannover Pbtgr. 5,00. Wdr Nürnberg Schr. 9,20.

Fonds für Gemafregelte.

Von Knoll, d. Sch. u. Ort. hier 3,00.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Som Dienstag, den 19. Februar, ab findet regelmäßig alle 14 Tage im Parteisaal, gr. Wallstraße 24 (36)

210] Mitglieder-Versammlung (S. 166)
statt. Die Tagesordnung wird in jeder Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht vollständig am Platze zu sein. D. B.

Leipzig. Donnerstag, den 21. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlstr. 7:
Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Rechenschaftsbericht des Agenten. Sozialpolitische Rundschau. Referent Werner II.
Der Agent.

Ottensen. Montag, den 4. März 1910
Arbeiterfest
verbunden mit Concert und Ball in Burmeisters Salon und arrangirt vom „Ottensener Arbeiterverein“. Festrede gehalten von Hrn. Aug. Hörig aus Hamburg. Karten sind an den bekanntesten Stellen zu haben. Entrée für 1 Herr u. Dame 40 Pfg. An der Kasse 50 Pfg. Damen 15 Pfg. Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Das Comité.

Patentirte neue Erfindung.

Zur Ausbeutung eines vor kurzem patentirten Artikels (Metall-branchen) worin voraussichtlich ein bedeutender Erfolg zu erzielen ist, wird ein Verbands-genosse mit einer Kapitaleinschlag von 500 Mk. als Associe gesucht.
Schriftliche Offerten unter K. 100 bes. d. Exped.

Für Parteiblätter!

Ein solider Parteigenosse (Schriftf. ber) mit guten Kenntnissen und gewandter Feder, schon lange brodlos, sucht eine Stelle als Redakteur eines Parteiblattes oder als Secrer an einem solchen. Derselbe wäre bereit auch die Agitation mit zu übernehmen. Gest. Offerten wolke man zur Weiterbeförderung direct an den Genossen Wilhelm Heilbrin, Wechauer, Karlsruhe (Baden), Schützenstraße 8, richten.
NB. Alle Parteiblätter werden um Gratis-Aufnahme gebeten.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda.
Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 15 Pf., auf der Post vierteljährlich 60 Pf. zzgl. Frangirung.
Verlag: Amelungstr. 5, Hamburg.

„Der arme Conrad“.

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878.
(Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).
Ist in noch geringer Anzahl vorrätig.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gebunden nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuschreiben, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Drei-Exemplare werden nicht abgegeben.
Auf Posten von 1 Dukend anwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/11.
Expedition der „Freien Presse“, Berlin, Kaiser Franz Grenadierplatz Nr. 8a

Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“, Hamburg, Amelungstr. 5.

Die Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/11.

200] Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heilig in Reudnitz-Platz, Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11 in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Verlagsdruckerei in Leipzig.